

Meine persönliche Erklärung zur Evakuierung am 5. Februar 2021

Seit Freitag dem 5. Februar bin ich rund um die Uhr mit der Rummelsburger Bucht befasst. Aber auch in den Tagen davor waren die Anfragen enorm und die Berichterstattung nahm zu. Wunsch war immer wieder, Menschen dort nicht alleine zu lassen und zu helfen. Für meine Entscheidungen bezüglich dem Schutz von Menschen vor anstehender extremer Kälte am 5. Februar habe ich bisher Kritik, aber auch viel Zustimmung erfahren.

Ich nehme wahr, dass sich ein Groß der Zustimmung der Geschehnisse vom Freitag auf das von der Senatsverwaltung ermöglichte Angebot einer niedrigschwelligen Unterbringung bezieht. Dem Ziel regulär mehr davon zu schaffen, Projekte wie Common Places, Housing First und 24/7-Unterkünfte, habe ich mich schon lange angeschlossen und werde weiter alle Möglichkeiten dazu nutzen, wo sie mir offenstehen. Den Problemen der Obdachlosigkeit zu begegnen, bestimmt mein Handeln und ist gemeinsames Thema in dieser Stadt.

Das europäische Parlament will Obdachlosigkeit bis 2030 beenden. Ich werde hierbei anpacken. Es ist aber auch klar, dass das Thema Obdachlosigkeit nicht in einem Bezirk alleine geklärt werden kann und wohnungslose Menschen sich dynamisch bewegen. Nur, wenn die Stadt geschlossen handelt und sich gegenseitig unterstützt, können wir das Ziel erreichen. Es braucht dazu ein engagiertes und ehrliches Vorgehen.

Daher stand und steht für mich fest: Nicht zu Handeln war am Wochenende keine Option. Ich danke vor allem den Sozialarbeiter*innen dafür, dass sie mit den Menschen vor und während des Wochenendes intensiv gesprochen haben. Ich danke der Senatsverwaltung für den engen Austausch am Freitag und die gegenseitige Begleitung und ich danke dem DRK, dem THW, der BVG, der Polizei und Feuerwehr für die Unterstützung vor Ort.

Wenn es bei der Sicherung der Fläche zu Beschädigungen kam, in der Zeit von Freitag bis Samstagmittag, war das nie im Sinne unseres Zieles

und wir stehen bereit, hier Entschädigungen zu prüfen. Die Zusage, dass Eigentum geschützt und zugänglich bleibt, hatte ich vor Ort von der Vertreterin der Eigentümerin erwirken können, worauf mich auch die Proteste am Vormittag aufmerksam gemacht hatten. Dafür danke ich ausdrücklich.

Als Mitglied des Bezirksamts setze ich geltendes Recht als Teil einer Exekutiven um und habe mein Dienst zum Schutz der Menschen auszuführen. Ich möchte Politik gestalten, um als Bezirksstadtrat in Zukunft nicht mehr vor der Entscheidung zwischen zwei schlechten Optionen zu stehen, sondern Hilfe zu etablieren, die die alle Betroffenen annehmen möchten. Als Parteimitglied der SPD gestalte ich deshalb eine Debatte darum, wie diese Gesetzgebung dem Gemeinwohl der Stadt besser dienen kann, aktiv mit.

In diese Debatte müssen die Schwächsten der Gesellschaft miteinbezogen werden. So wie ich es bereits in den vergangenen Wochen und in der Nacht am 5. Februar gemacht habe, werde ich dazu weiterhin mit sozialen Trägern und Betroffenen sprechen. Ich weiß auch, dass diese Situation für soziale Träger und ihre Mitarbeitenden eine schwierige ist, weil sie ihre Überzeugungen berührt.

Ich bin weiterhin überzeugt auch als Politiker Haltung zu zeigen und Entscheidungen zu treffen. Das erwarten Menschen zu recht von Politikerinnen und Politikern. Für diese Entscheidungen kann man mich kritisieren oder unterstützen, ich stelle mich den Diskussionen. So habe ich es Freitag und Samstag über viele Stunden vor Ort gemacht. Den Diskurs scheue ich nicht, weil ich die Hoffnung damit verbinde, dass wir unsere Stadt voranbringen und sozialer machen.

Kevin Hönicke